

INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

- **Russland und Syrien flogen trotz vereinbarter Deeskalationszonen weiterhin Luftangriffe** insbesondere in Idlib und Hama, Hintergrund ist ein Vergeltungsschlag für die kürzlich erfolgte Offensive des al-Qaida-nahen Hayat Tahrir al-Sham (**HTS**), welches vom Waffenstillstand ausgenommen ist.
- Beschlussen wurden alle in Idlib anwesenden, auch die am **Astana-Prozess** teilnehmenden Rebellengruppen. Die Opposition beschuldigte Russland offengelegtes Kartenmaterial der Opposition im Rahmen der Astana-Verhandlungen zu verwenden, um Stellungen der Freien Syrischen Armee (**FSA**) zu bombardieren. Außenminister al-Moallem bezeichnete bei der UN-Generalversammlung die Zonen nur als "temporäre Vereinbarung".
- Präsident **Erdogan kündigte den Beginn einer Militäroperation** zur Etablierung der Deeskalationszone in **Idlib** an. Türkische Truppen errichteten mit FSA-Einheiten Beobachtungsposten in Sheikh Barakat, einem Gebiet, das sowohl die kurdische Provinz Afrin, als auch rebellegehaltene

- Teile der Provinz Aleppo überblickt. Das vermutete Ziel der Türkei ist neben dem Schutz der Zone vor russischen und Regime-Luftschlägen auch Kontrolle über die kurdische Provinz Afrin auszuüben. Syriens Außenminister sprach sich für die Zone aus, kritisierte allerdings die türkische Präsenz.
- Die Schuldzuweisungen zwischen den USA und Russland die jeweils unterstützte Miliz der anderen Seite im Kampf gegen den Islamischen Staat (**IS**) in Deir ez-Zour angegriffen zu haben mehrten sich. Russland wirft den US-unterstützten Syrian Democratic Forces (**SDF**) vor Dämme geöffnet zu haben, um die Überquerung des Euphrat von pro-Regime-Kräften zu verhindern.
 - Die USA soll laut Regime durch die Reduktion von Luftangriffen im Westirak zu einem Anstieg der **Fluchtbewegungen von IS-Kämpfern nach Deir ez-Zour** bewusst beitragen. In einem ersten Zusammentreffen zwischen US- und russischen Generälen wurden Maßnahmen zur Vermeidung von Zwischenfällen besprochen.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

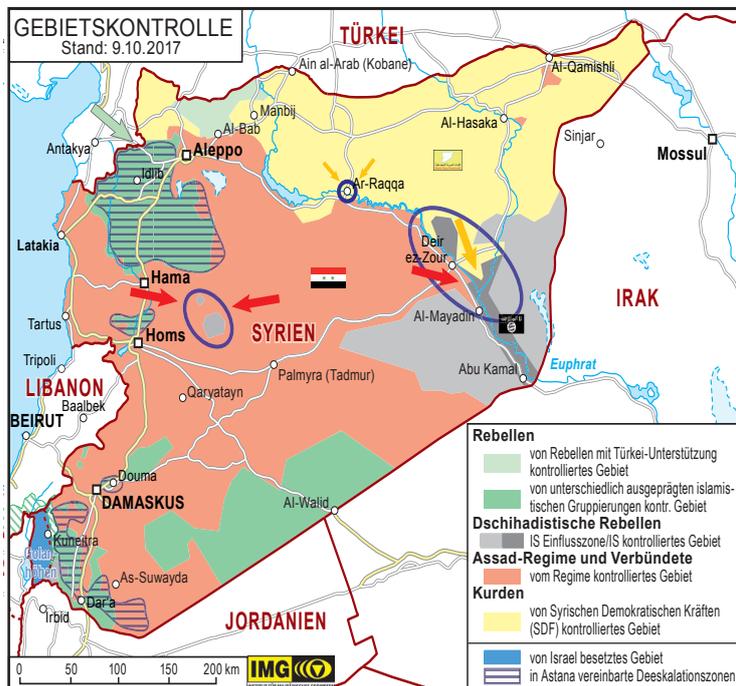
- Ein Abkommen zwischen dem syrischen Regime und dem IS erlaubte die **Evakuierung hunderter Zivilisten aus einem IS-gehaltenen Gebiet in Ost-Hama** (in rebellen-kontrollierte Gebiete in Hama und Idlib).
- Mitte September fanden **Regionalwahlen in den kurdisch-kontrollierten Nordsyriens** statt. Das Ziel der Kurden ihre Autonomie innerhalb eines dezentralisierten Syriens zu sichern, wird vom syrischen Regime, der Türkei, den USA vehement abgelehnt. Später räumte das Regime erstmals die Möglichkeit einer kurdischen Autonomie nach der Zerschlagung des IS ein.
- **Die SDF verkündeten die Etablierung eines Zivilen Rates in**

- der Provinz Deir ez-Zour**, welche umgehend vom bisherigen Vorsitzenden der Stadtverwaltung und Mitglied der Oppositionsgeführten Syrischen Interimsregierung zurückgewiesen wurde.
- **Die etablierte Militärzone im Gebiet Jabal al-Sheikh erlaubte Zivilisten zu fliehen.** Der Quneitra Revolutionsrat reagierte damit auf die vermehrten Waffenstillstandsverletzungen durch pro-regime Kräfte in der vereinbarten südlichen Deeskalationszone.
 - **HTS ernannte den ehemaligen Al-Qaida Chef in Syrien (Nusra Front), al-Jolani als ihren neuen Anführer.** Dieser Schritt erfolgte aufgrund zahlreicher interner Streitereien, Rücktritten sowie Rückschläge, welche die Organisation durch russische Luftschläge erlitt.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

- Als Vergeltung für den von HTS versuchten Angriff auf russische Militärpolizisten, welche die neue Deeskalationszone in Idlib beaufsichtigten, **bombardierte Russland das Hauptquartier von HTS in Idlib** und tötete 32 Kämpfer, darunter mehrere Führungspersonlichkeiten.
- Im syrisch-türkischen Grenzgebiet kam es zu **Feuergefechten zwischen türkischen Soldaten und HTS Kämpfern** nahe des Dorfes Kafr Lusin.
- Im Gebiet zwischen Palmyra und Deir ez-Zour **startete der IS eine umfassende Gegenoffensive** zur Eroberung von Ost-Palmyra, dabei wurden zahlreiche Gasfelder erobert. Regimekräfte konnten die versuchte Einnahme der wichtigen Versorgungsrouten zwischen Deir ez-Zour und Palmyra abwenden. Die Offensive beweist einerseits die limitierten Kapazitäten der

- syrischen Armee bei Gegenoffensiven sowie Russlands tiefes Engagement an der Kampffront, nachdem ein hochrangiger russischer Kommandant durch Mörserbeschuss des IS getötet wurde.
- **In Deir ez-Zour rückten Regimekräfte entlang des Euphrattals** Richtung Süden vor und eroberte unbestätigten Regime-Angaben zufolge die Stadt Al-Mayadin.
 - **Die SDF Kräfte nahmen bereits 80% der Stadt Raqqa ein** und verkündeten das baldige Ende der Kämpfe. Die US-unterstützten Kräfte handelten ein Evakuierungsabkommen mit dem IS aus, welches den Abzug von verbliebenen Kämpfern von Raqqa nach Deir ez-Zour ermöglicht.
 - Der **IS reklamierte einen Bombenanschlag** auf eine Polizeistation in Damaskus für sich.



KARTENANALYSE

Deir ez-Zour steht weiterhin im Fokus der Kämpfe, da sowohl die Syrische Armee und ihre Verbündeten südlich bzw. westlich des Euphrats, als auch die SDF von Norden her in Richtung irakische Grenze vorrücken. Die zwei eröffneten Fronten setzen den IS enorm unter Druck. In Homs, nahe Salamiya wird der IS von Regimekräften weiterhin bekämpft und sein Gebiet verkleinert. Während die SDF weiter gegen den IS in Raqqa vorrücken, marschierten türkische Truppen, nach Verhandlungen mit dem lokalen Rebellenbündnis HTS, vom Hatay in Idlib ein und besetzten die Frontlinie mit den Kurden in Afrin.

AUSBLICK

Der IS verliert im Euphrattal stetig an Territorium. In Qaryatayn, nahe Damaskus, bereitet sich die syrische Armee auf die Offensive gegen die letzte IS-Enklave in West-Syrien vor. Die Gebietsverluste des IS in Ost-Syrien könnten die Gruppe dazu führen vermehrt Terroranschläge in West-Syrien zu verüben. Die letzten Entwicklungen in Idlib und Damaskus beweisen, dass der IS noch immer effizient Schläferzellen für Anschläge einsetzt.



INTERNATIONALES KONFLIKT- & KRISENMANAGEMENT

- Das am 25.9. abgehaltene **kurdische Unabhängigkeitsreferendum** sorgte für weitreichende Kritik: Die EU kritisierte das Referendum als kontraproduktiv und plädiert stattdessen für einen konstruktiven und friedlichen Dialog mit Bagdad. Die UN befürchtet, dass es vom Kampf gegen den Islamischen Staat (**IS**) ablenkt, in dem auch kurdische Kräfte eine wesentliche Rolle spielen.
- Die Nachbarländer **Türkei und Iran lehnten das Wahlergebnis als illegal** ab und starteten zahlreiche Vergeltungsmaßnahmen gegenüber der Kurdischen Regionalregierung (**KRG**): Iran schloss seine Grenzen und stellte den Import und Export von Ölprodukten aus Kurdistan ein. Bagdad forderte alle Staaten auf ihren Flugverkehr mit Kurdistan auszusetzen, diesem Aufruf folgten der Iran, Türkei, Libanon, Ägypten und Jordanien.
- Die Türkei führte mit der irakischen Armee gemeinsame **Militärmanöver im Grenzgebiet** durch. Auch die iranischen Revolutionsgarden und die reguläre Armee verdeutlichten durch Militärübungen nahe der kurdischen Grenze ihre Drohungen gegenüber Kurdistan. Präsident Erdogan drohte Kurdistan

- mit Militärmanövern, ähnlich wie den Kurden in Nordsyrien.
- Die Türkei setzte die mehrfach angekündigte Drohung kurdisches Erdöl zu boykottieren bisher nicht um. Hunderttausend Barrels pro Tag erreichen über die Türkei den Weltmarkt. Der türkische Wirtschaftsminister sprach sich gegen Wirtschaftssanktionen gegen die KRG aus, mit dem Argument, dass es der Türkei als regionaler Hub für Finanz- und Handelsgeschäfte massiv schade.
- Laut **Putin profitiert niemand von einem Embargo gegen Kurdistan**, da die Erdölpreise in die Höhe getrieben würden. Im Hintergrund steht auch die von Rosneft geplante Gas-Pipeline, die ab 2020 von Kurdistan über die Türkei nach Europa Gas liefern soll.
- Die Veröffentlichung einer **neuen Audiobotschaft von IS-Kalif Bagdadi** zielte darauf ab, die Gerüchte rund um seinen Tod zu entkräften, die IS-Kämpfer in Syrien und Irak zur Standhaftigkeit aufzurufen und letztlich IS-Sympathisanten weltweit zu Terroranschlägen im Westen zu motivieren.

INNENPOLITISCHE DYNAMIK

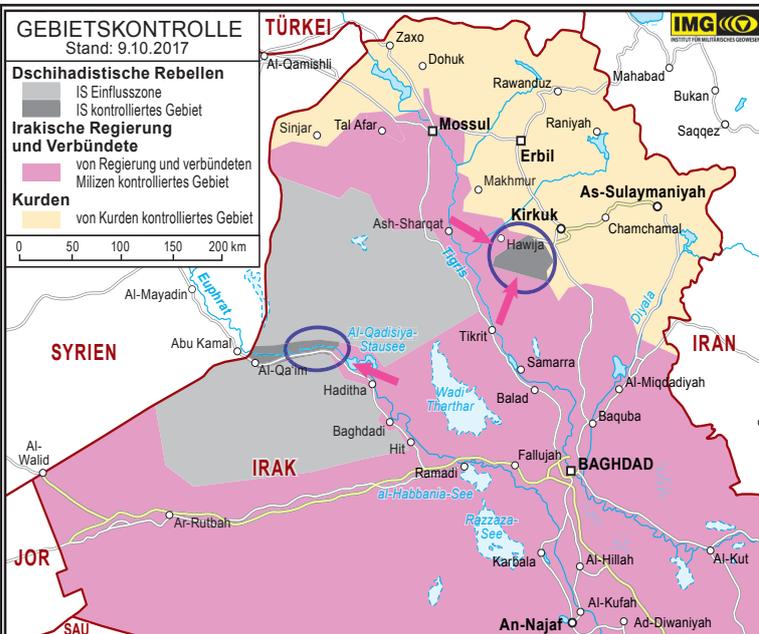
- **Die Autonome Region Kurdistan sprach sich am 25.9. mehrheitlich für die Unabhängigkeit aus**, wobei das Wahlergebnis nicht bindend ist. Die Wahl fand in den drei kurdischen Provinzen sowie im umstrittenen Gebiet Kirkuk, das von den Kurden beansprucht wird, statt. Das Wahlergebnis ergab 93% Ja-Stimmen, 7,3% Nein-Stimmen. Über 3,3 Millionen Menschen waren wahlberechtigt, wobei die Wahlbeteiligung bei 72% lag.
- **Iraks Premierminister Abadi verurteilte das Referendum als "verfassungswidrig"** und lehnte jegliche Diskussionen ab. Er betonte auch den Anstieg innenpolitischer Spannungen in der Kurdenregion, falls die Abspaltung vorangetrieben wird.
- Die Zentralregierung in Bagdad erhöhte den Druck auf die KRG, so segnete das Parlament den Einsatz von Streitkräften zur Kontrolle von wichtigen Ölfeldern ab. Weitere Maßnahmen umfassen die Sanktionierung kurdischer Banken, das Einfrieren von Fremdwährungstransfers, das Einstellen von

- Flugverbindungen und mobilen Kommunikationsnetzen.
- Kurdische Parlamentarier nehmen nach zwei Wochen **Boycott**, aus Protest gegen Bagdads Zurückweisung des Unabhängigkeitsreferendums, ihre Arbeit wieder auf.
- Die KRG setzte den **Wahltermin für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Kurdistan für den 1. November** fest, was zu weiteren Spannungen mit Bagdad und den Nachbarländern führen könnte.
- **Irakische Abgeordnete setzten den Gouverneur von Kirkuk** im Zuge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums ab. Zuvor stimmte das Parlament gegen die Anerkennung des unverbindlichen Referendums.
- **Bagdad plant die Wiedereröffnung alter Ölpipelines**, welche kurdisches Territorium umgehen würden. Die Türkei bestätigte ebenfalls Pläne eine neue direkte Landverbindung zu schaffen, welche kurdische Gebiete überspringen würde.

MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

- Eine Woche vor dem umstrittenen Unabhängigkeitsreferendum kam es in der Provinz **Kirkuk** zu Zusammenstößen zwischen Kurden und Turkmenen. Sowohl die turkmenischen als auch die arabischen Einwohner Kirkuks wehren sich heftig gegen die Inklusion der Provinz in ein autonomes Kurdistan.
- Als Antwort auf irakische Truppenbewegungen sperrten die kurdischen Peschmerga Straßen von **Mossul** in die kurdischen Gebiete ab. Der Sicherheitsrat der KRG begründete dies mit dem Aufmarsch der irakischen Sicherheitskräfte (**ISF**) nahe der ölfreien Provinz Kirkuk als Folge des Unabhängigkeitsreferendums in den umstrittenen Landesteilen. Während Premier Abadi die Pläne eines Angriffs auf kurdische Gebiete abbricht, marschierten wenige Tage später ISF nahe der umstrittenen Provinz Kirkuk auf.

- **Zwölf Selbstmordattentäter des IS wurden** in Zusammenstößen mit paramilitärischen Gruppen **in Mossul getötet**. Auch drei Monate nachdem der IS in Mossul besiegt wurde stellt er noch immer eine Bedrohung dar. Erfolge erzielten die ISF in der Stadt Anah im Euphrattal, welche vom IS zurückerobert wurde.
- Am 21. September starteten die ISF eine **Offensive in Hawija**. Die Rückeroberung der Gebiete dauerte nur wenige Tage. Am 5.10. verkündete der irakische Premier den Sieg.
- **IS-Kämpfer versuchten vergeblich die Kontrolle über Teile der Stadt Ramadi wiederzuerlangen**. Kurzzeitig konnten einige IS-Truppen Teile der Stadt besetzen. Anbar war stets eine Hochburg von sunnitischen Aufständischen.



KARTENANALYSE

Die Irakischen Sicherheitskräfte eroberten große Gebiet der Provinz Hawija, westlich von Kirkuk, vom IS zurück. Die kurdischen Peschmerga werden voraussichtlich weiterhin die im Zuge der IS-Offensiven besetzten Gebiete kontrollieren, mit Ausnahme von Kirkuk, dessen Zukunft unsicher bleibt. Die Irakische Armee schritt gemeinsam mit verbündeten Stammesmilizen gegen den IS entlang des Euphrattals Richtung irakische Grenze vor.

AUSBLICK

Die ISF werden sich weiterhin auf die Rückeroberung der IS-Gebiete in West-Anbar konzentrieren. Der Aufmarsch der ISF nahe Kirkuk wird als direkte Aggression gegenüber Kurdistan gewertet, eine militärische Eskalation könnte einen neuen Bürgerkrieg einläuten. Das Unabhängigkeitsreferendum könnte insbesondere Präsident Barzani dienlich sein um von den zahlreichen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen Kurdistans abzulenken.

